



HESSISCHER LANDTAG

20. 05. 2026

RTA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Überlastung und Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs des Amtsgerichts Frankfurt am Main

Seit Wochen mehren sich Berichte über eine chronische Überlastung des Amtsgerichts Frankfurt am Main. Der Deutsche Richterbund warnt bereits seit einiger Zeit vor den Folgen unerledigter Verfahren und Personallücken in der Justiz. Die F.A.Z. hat am 20. Mai 2026 darüber berichtet, dass sich die Überlastung der Justiz am Amtsgericht in Frankfurt auf drastische Weise zeige und die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs nicht mehr in allen Bereichen gewährleistet sei. Dies birgt erhebliche Gefahren für den Rechtsstaat und die Landesregierung muss dringend Maßnahmen ergreifen, damit die Gerichte in Hessen arbeitsfähig bleiben.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Überlastungsanzeige der Präsidentin des Amtsgerichts Frankfurt am Main gegenüber dem Justizministerium und die Angabe, dass der Geschäftsbetrieb nicht mehr in allen Bereichen aufrechterhalten werden könne?
2. Welche Geschäftsbereiche des Amtsgerichts Frankfurt am Main sind nach Ansicht der Landesregierung besonders belastet und woraus ergibt sich diese Belastung?
3. Seit wann ist der Landesregierung die Situation am Amtsgericht Frankfurt am Main bekannt?
4. Welche konkreten Maßnahmen wurden seitdem ergriffen?
5. Welche Gespräche hat die Landesregierung mit der Personalvertretung, dem örtlichen Richterrat und der Gerichts- und Geschäftsleitung über die Situation am Amtsgericht Frankfurt am Main geführt?
6. Welche kurzfristigen Maßnahmen plant die Landesregierung zur Entlastung des Amtsgerichts Frankfurt am Main?
7. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung, um die Funktionsfähigkeit der Justiz zu sichern?
8. Wie hoch war, unter Zugrundelegung des Personalbedarfsinformationssystems (Pebsy), die Belastung des richterlichen Dienstes des Amtsgerichts Frankfurt am Main am 31. Dezember 2023, 31. Dezember 2024 und am 31. Dezember 2025?
9. Wie hoch war, unter Zugrundelegung des Personalbedarfsinformationssystems (Pebsy), die Belastung des nicht richterlichen Dienstes des Amtsgerichts Frankfurt am Main an den unter Frage 4 genannten Stichtagen?
10. Wie viele Verfahren waren bei dem Amtsgericht Frankfurt am Main am 31. Dezember 2023, am 31. Dezember 2024 und am 31. Dezember 2025 anhängig?
11. Wie viele der unter Frage 10 genannten Verfahren waren zum Stichtag länger als zwei Jahre anhängig?

12. Wie hat sich die Belastungsquote am Amtsgericht Frankfurt am Main nach Pebbßy in dem ersten Quartal 2026 entwickelt, im Vergleich zu der Belastungsquote in den vier Quartalen im Jahr 2025?
13. In welchen Abteilungen der Amtsgerichte bestehen derzeit die größten Bestände von Altverfahren?
14. Wie viele Planstellen für Richter und Richterinnen und im nichtrichterlichen Dienst sind derzeit am Amtsgericht Frankfurt am Main unbesetzt?
15. Wie hat sich die Zahl der unbesetzten Planstellen in den letzten Jahren entwickelt?
16. Wie haben sich Eingänge, Erledigungen und Bestände der einzelnen Abteilungen des Amtsgerichts Frankfurt am Main in den letzten fünf Jahren entwickelt?
17. Welche Rolle spielen Einsparvorgaben oder Stellenbewirtschaftungsvorgaben des Landes?
18. Hält die Landesregierung die personelle Ausstattung der hessischen Justiz derzeit für ausreichend?

Wiesbaden, 20. Mai 2026

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke